

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Thomas Bachmann	SPD	entschuldigt
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Steffen Pfrogner	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Christian Schirrholtz	Die Andere	entschuldigt
Herr Rudi Wiggert	SPD	entschuldigt

Gäste:

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung)
Herr Wersig (Sprecher der Bürgerinitiative „Golm unter Strom“) zum TOP 3.1
Herr Jekel (Bereich Wohnen) zum TOP 3.2
Herr Werner (Bereich Schule) zum TOP 3.3
Herr Nicke (Pro Potsdam) zum TOP 3.4
Herr Lakenbrink (Pro Potsdam) zum TOP 3.4
Herr Schuster (Brandenburg. Architektenkammer) zum TOP 3.4
Herr Ohst (Bereich Stadterneuerung) zum TOP 3.10 und 3.11
Frau Dr. Chwolik-Lanfermann (BI Freies Tor) zum TOP 3.7

Niederschrift:

Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.01.2014 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Einwohnerversammlung 110-kV-Freileitung Golm
Vorlage: 13/SVV/0670
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Golm
Mitteilungsvorlage

- 3.2 Information über die soziale Wohnraumversorgung der Landeshauptstadt
Potsdam (Wohnungsmarktbericht 2012)
Vorlage: 13/SVV/0750
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
Ges./Soz., HA
(Mitteilungsvorlage)
- 3.3 Schulentwicklungsplan 2014 bis 2020
Vorlage: 13/SVV/0800
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
JHA, WA KIS, FA, B./Sp. (ff) und betroffene OBR
Äa Fraktion CDU/ANW vom 13.01.2014
- 3.4 Städtebaulicher Ideenwettbewerb Krampnitz
Vorlage: 13/SVV/0388
Fraktionen FDP, SPD
Neue Fassung
- 3.5 Werbeveranstaltungen auf dem Platz am Brandenburger Tor
Vorlage: 13/SVV/0613
Fraktion Potsdamer Demokraten
KOUL, FA, HA
- 3.6 Außenbereichssatzungen
Vorlage: 13/SVV/0648
Fraktion SPD
alle OBR
- 3.7 Kreisverkehr Forststraße/Werderscher Damm/Am Wildpark
Vorlage: 13/SVV/0778
Fraktion CDU/ANW
KOUL
- 3.8 Bebauungsplan Nr. 1 "Freizeit- und Sporthotel Potsdam-Land" (OT Uetz-
Paaren)
Vorlage: 13/SVV/0789
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OBR Uetz-Paaren
- 3.9 Einstellung von Aufstellungsverfahren zu Bauleitplänen der Verbindlichen
Bauleitplanung
Vorlage: 13/SVV/0652
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

- 3.10 Bebauungsplan Nr. 139 "Slatan-Dudow-Straße", Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 14/SVV/0048
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.11 Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept Gartenstadt Drewitz
Vorlage: 14/SVV/0049
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL (ff)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 BE zur Planreife des B-Plans 80.2 "Rote Kaserne West / nördlich Esplanade"
(Gesamtschule im Bornstedter Feld)
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom v.
28.11.2013 bis 18.12.2013 und vom 19.12.2013 bis 15.01.2014
Bereich Bauaufsicht
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kutzmutz, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.01.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 14.01.2014 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 8 Ja-Stimmen,

bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung gibt es die Bitte der Verwaltung, den TOP 3.9 13/SVV/0652 Beschlussvorlage "Einstellung von Aufstellungsverfahren zu Bauleitplänen der Verbindlichen Bauleitplanung" zurück zu stellen, bis die Voten der betroffenen Ortsbeiräte vorliegen.

Anträge auf Rederecht SB-A. 11.02.2014 gibt es von

- Herrn Wersig (Sprecher der Bürgerinitiative „Golm unter Strom“) zum TOP 3.1 MV 13/SVV/0670 Einwohnerversammlung 110-kV-Freileitung Golm und
- von Herrn Cornelius zum TOP 3.5 – Werbeveranstaltungen am Brandenburger Tor für Frau Dr. Chwolik-Lanfermann (BI Freies Tor).

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt Einverständnis zur Erteilung der beantragten Rederechte.

Die entsprechend veränderte Tagesordnung wird mit 10/0/0 bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Einwohnerversammlung 110-kV-Freileitung Golm

Vorlage: 13/SVV/0670

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

OBR Golm

Mitteilungsvorlage

Herr Wersig (Sprecher der BI "Golm unter Strom") appelliert an den Schutz der Anlieger mit Verweis auf den Störfall 2005 im Münsterland. Ein anderer Trassenverlauf wäre überlegenswert bzw. eine Erdkablöschung.

Die Mitteilungsvorlage liegt den Ausschussmitgliedern vor. Redebedarf besteht nicht.

Der SB-Ausschuss nimmt die MV 13/SVV/0670 zur Kenntnis.

zu 3.2 Information über die soziale Wohnraumversorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Wohnungsmarktbericht 2012)

Vorlage: 13/SVV/0750

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Ges./Soz., HA

(Mitteilungsvorlage)

Herr Jekel (Bereich Wohnen) stellt die zentralen Ergebnisse des Jahres 2012 anhand einer Präsentation vor. Die künftige Weiterentwicklung der Berichterstattung ist vorgesehen.

Herr Kirsch bittet um Auskunft, wie viele der 1855 bewilligten Wohnberechtigungsscheine zur Versorgung mit Wohnraum geführt haben. Bzgl. der 500 angezeigten Kündigungen im Jahr wegen Nichtzahlungen hinterfragt er, wie hoch der Grad der Durchsetzung, also Zwangsäumung, sei.

Herr Jekel teilt mit, dass 1154 Personen versorgt worden sind und rund 180 Räumungstermine im Jahr durch die Gerichte angezeigt wurden.

Herr Dr. Bauer spricht den Presseartikel vom vergangenen Samstag an, in welchem durch einen privaten Investor 45.000 m² Wohnraum geschaffen werden soll mit einer avisierten Kaltmiete von 9-10 € pro m². Seiner Berechnung nach betragen die Baukosten 1550 € pro m². Herr Dr. Bauer weist unter Betrachtung der ermittelten Baukosten auf die auf die hohen Mieteinnahmen hin.

Herr Jekel kann die Baukosten weder bestätigen noch falsifizieren, bringt jedoch zum Ausdruck, dass die Baukosten im Neubau in der Regel höher sind.

Der SB-Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage 13/SVV/0750 zur Kenntnis.

zu 3.3 Schulentwicklungsplan 2014 bis 2020

Vorlage: 13/SVV/0800

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
JHA, WA KIS, FA, B./Sp. (ff) und betroffene OBR
Äa Fraktion CDU/ANW vom 13.01.2014

Herr Werner (Bereich Bildung) bringt die Vorlage mittels Präsentation ein. Er erläutert die Erforderlichkeit, den Schulentwicklungsplan fortzuschreiben. Anstoß für die Überarbeitung ist die Bevölkerungsprognose des Bereiches Statistik und Wahlen der Landeshauptstadt Potsdam aus dem Jahr 2012, in welcher bis 2030 ein stetes Bevölkerungswachstum für Potsdam ausgewiesen wird. Dies resultiert unter anderem aus den Neubautätigkeiten, den Zu- und Wegzügen sowie den innerstädtischen Wanderungen.

Erstmals wurde die Bevölkerungsprognose auf der Ebene von 18 definierten Planungsräumen prognostiziert. Zudem gibt es eine Landesprognose, die in ihrer Zielzahl um circa 10.000 EW höher liegt. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, eine jährliche Prüfung und einen Abgleich mit der Bevölkerungszahl vorzunehmen.

Die Bevölkerungsprognose ist die Grundlage für die Schulentwicklungsplanung.

Es erfolgte eine Bedarfsermittlung für den Primar- und Sekundarbereich. Im Ergebnis reichen die Kapazitäten nicht aus, um den Schüleranstieg zu bewältigen.

Es wurde deshalb eine immobilientechnische Analyse und Bewertung der Potenziale der vorhandenen Schulstandorte vorgenommen. Ferner erfolgte eine Identifikation und Bewertung von 40 Schulstandorten nach Kriterien für die Eignung (Flächengröße, Ist-Nutzung, FNP, B-Pläne, ÖPNV). Im Ergebnis werden Maßnahmen für die Primarstufe und für die Sekundarstufe vorgeschlagen.

Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung erfolgte die Beteiligung der jeweiligen Gremien und Betroffenen entsprechend dem Brandenburgischen Schulgesetz.

Hinweise und Fragen werden durch den Fachbereich Bildung und Sport geprüft.

Im Ergebnis wird die Verwaltung einen entsprechenden Änderungsantrag einbringen.

Zugleich macht Herr Werner darauf aufmerksam, dass es eine Vielzahl von Änderungsanträgen aus den verschiedenen Fraktionen gibt, auf welche detailliert in der Beratung im Bildungsausschuss eingegangen wird.

Der Antrag der Fraktion Die Andere ist als Prüfauftrag zu verstehen.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Verständigung, wie weit die Befassung mit dem Schulentwicklungsplan im SB-Ausschuss erfolgen soll.

Herr Lehmann bringt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 17.12.14 (sh. Anlage) ein und bittet, diesen für die Beratung im Bildungs-/Sportausschuss zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Werner teilt mit, dass dieser im Bildungs-/Sportausschuss bereits abgelehnt worden ist.

Herr Menzel hinterfragt, weshalb trotz Kenntnis einer wachsenden Stadt keine entsprechende Vorhaltung von Flächen für Schulen vorgenommen worden ist.

Herr Werner berichtet, dass die neue Bevölkerungsprognose deutlich höher liegt als bislang angenommen. Er bestätigt das Fehlen von Flächen für soziale Infrastruktur in der Stadt. Es wurden jedoch auch Flächen gesichert (z.B. Potsdamer Str. Bornim) die jetzt für Schulneubauten vorgeschlagen werden.

Aus der Erkenntnis heraus soll jetzt z.B. am Standort des Bahnhofes Rehbrücke eine Fläche vorgehalten werden, obwohl sie an diesem Standort im Moment noch nicht benötigt wird.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) macht im Hinblick auf die Frage der Zukunft auf die Zeitpläne aufmerksam. Um für

Schuljahreszeitpunkte 2020/2021 Planungsrecht zu schaffen, müsse jetzt der Startschuss erfolgen. Im Augenblick ist die Verwaltung dabei, Vorlagen für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im März vorzubereiten, die Aufstellungsbeschlüsse für entsprechende Standorte beinhalten.

Hinsichtlich des Prüfauftrages der Fraktion Die Andere teilt Herr Goetzmann mit, dass für die Durchführung eines Bauleitplanverfahren ca. 3 Jahre benötigt werden. Aus diesem Grund sei vor der Kenntnis der Ergebnisse des Bauleitplanverfahrens keine Hochbauplanung sinnvoll.

Herr Jäkel äußert ebenfalls Unverständnis, weshalb trotz Kenntnis des Zuwachses der Einwohnerzahl entsprechende Bedarfe zurück gehalten worden sind. Den Standort Rehbrücke hält Herr Jäkel für unüberlegt. Die Wechselbeziehung Stadt und Umland, hier Pendler bei weitergehenden Schulen, müsse stärker herangezogen werden.

Herr Dr. Bauer bittet die Inklusion zu berücksichtigen und fragt nach der Umsetzung. Er bringt den Prüfauftrag der Fraktion Die Andere (sh. Anlage) ein.

Herr Goetzmann berichtet, dass die Überlegungen seit der Erstellung der Vorlage fortgeführt worden sind. Der Bildungsausschuss hat mit Blick auf den Zeitplan z.B. den Änderungsantrag der CDU-Fraktion beraten. Zur Sicherung der planungsrechtlichen Vorläufe wird für die Sitzung des Bildungsausschusses am 18.02.14 eine entsprechende Information vorbereitet sowie die angekündigten Aufstellungsbeschlüsse zur STVV März 2014. Eine Alternative wäre die Errichtung einer 5zügigen Gesamtschule im Potsdamer Norden. Im Zentrum gibt es bereits jetzt diverse weiterführende Schulenverbunden mit dem einfließenden Verkehr zu den Spitzenzeiten am Morgen. Mit einem Standort am Nedlitzer Holz oder Rehbrücke würde der Verkehr entgegen der Lastrichtung erfolgen. Auch dies müsse bei der Beurteilung der Standortfragen berücksichtigt werden.

Herr Werner geht auf die Frage von Herrn Dr. Bauer bzgl. der Inklusion ein und bestätigt insbesondere zur Barrierefreiheit die Einbindung von Frau Trauth-Koschnick und Herrn Richter. Zugleich macht Herr Werner aufmerksam, dass der Bau von Schulen nur im Rahmen des vom Ministerium für Bildung und Sport empfohlenen Raumprogrammes erfolgen könne.

Herr Heuer stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Vorlage Schulentwicklungsplan 2014- 2020 im SB-Ausschuss nicht abzustimmen, sondern zur Kenntnis zu nehmen. Bauplanungs- und städtebaurechtlich werden keine Hinderungsgründe erkennbar, so dass der Diskussion im Bildungs- und Sportausschuss nicht vorgegriffen werden sollte. Wenn zum späteren Zeitpunkt wieder die Einzelfallentscheidung im SB-Ausschuss benötigt wird, könne dies erfolgen.

Herr Lehmann schließt sich dem GO-Antrag von Herrn Heuer an.

Der Ausschussvorsitzende fasst zusammen, dass es den Vorschlag gibt, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und sich zu gegebener Zeit mit den

entsprechenden bauvorbereitenden Sachen im SB-Ausschuss zu befassen.

Der SB-Ausschuss bestätigt die v.g. Verfahrensweise und nimmt die Vorlage einstimmig zur Kenntnis.

zu 3.4 Städtebaulicher Ideenwettbewerb Krampnitz

Vorlage: 13/SVV/0388

Fraktionen FDP, SPD

Neue Fassung

Herr von der Osten-Sacken beantragt Rederecht für Herrn Dr. Schuster (Brdbg. Architektenkammer).

Nach Einverständnis der Ausschussmitglieder stellt Herr Dr. Schuster dar, dass ein Wettbewerb eine gute Lösung sei, um von einer Vielzahl von Angeboten das vermeintlich Beste auszuwählen. Er betont, dass hier eine hohe Verantwortung für die Zukunft bestehe und eine Einigkeit zur Zielführung erforderlich sei. Aus diesem Grunde appelliert er dahingehend, bereits bei der Aufgabenstellung auf die soziale Infrastruktur, den Verkehr und die Effizienz von Flächen und Erschließungssystemen einzugehen. Er befürwortet die Durchführung eines 2phasigen offenen Ideenwettbewerbes.

Herr von Osten-Sacken bringt folgende neue Fassung des gemeinsamen Antrages FDP und SPD ein.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen offenen zweiphasigen städtebaulichen Ideenwettbewerb (nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe – RPW2013) für das gesamte Entwicklungsgebiet Kasernengelände Krampnitz durchzuführen. Eine Zusammenarbeit von Architekten, Stadtplanern und Landschaftsarchitekten ist zu empfehlen.

Im Vorfeld sind auf Grundlage der Vorbereitenden Untersuchungen die Aufgabenstellung der Auslobung und die Kriterien zur Bewertung zu erarbeiten und den Stadtverordneten zum Beschluss vorzulegen.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) stellt eingangs die Personen vor, die mit dem Fortgang der Entwicklungsmaßnahme Krampnitz zu tun haben:

Herr Nicke - Geschäftsführer der Gesellschaft Entwicklungsträger Potsdam

Herr Hubert Lakenbrink – Mitarbeiter der für das Projekt gegründeten Tochtergesellschaft und zuständig für die Projekt

Herr Stephan Jung – LHP für die Steuerung dieser Maßnahmen.

Herr Goetzmann ruft den geltenden Beschlussstand zum B-Plan 107 in Erinnerung (beruht auf einer Planung der TG Potsdam, die seinerzeit unkritisch und vor allem ohne jegliche Forderung nach wettbewerblichen Verfahren vom Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen und der Stadtverordnetenversammlung übernommen wurde). Bei den Vorbereitenden Untersuchungen sind umfassende Überlegungen im Hinblick auf Umwelt und

Natur und erforderliche Ordnungsmaßnahmen geführt worden.
Aus Sicht der Verwaltung ist es nicht sinnvoll, einen städtebaulichen Ideenwettbewerb über den Gesamtbereich vorzunehmen.

Vielmehr regt die Verwaltung an, wesentliche Teilbereiche im Entwicklungsgebiet durch entsprechende Wettbewerbsverfahren zu überprüfen, wie:

- Eingangsbereich an der B 2?, Turm mit Pförtnergebäude, Bereich Offizierskasino und Fähnrichsheim, Bereich Seepromenade;
- Konkretisierung und Überprüfung des städtebaulichen Prinzips der Anger-Dörfer im zentralen Bereich unmittelbar westlich der Anger(Klinker)-Höfe;
- „erste“ Ideensammlung für den Bereich Heizkraftwerk und Kohlelager;
- städtebauliche und freiraumplanerische Überprüfung des Bereiches des geplanten Sportplatzes (Freiraum historischer Reitplatz)

Der „äußere“ Ring der Anger-Höfe muss zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht weiter betrachtet und untersucht werden. Eine vertiefende Betrachtung macht in diesem Bereich erst im weiteren Verlauf der Entwicklung Sinn, sobald entsprechende Vermarktungserfahrungen im zentralen Bereich der Anger-Höfe vorliegen und entsprechend einbezogen werden können.

Das gleiche gilt für den Bereich der „Schönen Aussicht“.

Einen entsprechenden Modifizierungsvorschlag hat die Verwaltung den Antragstellern unterbreitet.

Weiterhin macht Herr Goetzmann aufmerksam, dass im Moment noch die kommunalaufsichtliche Genehmigung für das Entwicklungsdefizit in Höhe von 10,7 Mio. € fehlt. Der Antrag ist bei der Kommunalaufsicht in Bearbeitung und diese möchte u. a. wissen, welche Risiken auf Einnahmen – bzw. Ausgabenseite bzw. Bauablaufseite (Zeitplanung) bestehen. Deshalb ist es Aufgabe sicherzustellen, dass in Richtung der Kommunalaufsicht die Rückäußerung erfolgen kann, dass alle Risiken geprüft worden sind und keine weiteren Risiken (etwa durch einen langwierigen und teuren Wettbewerb mit unbekanntem Ergebnis entstehen).

Herr Nicke (Entwicklungsträger Bornstedter Feld) verweist ergänzend auf die Thematik Zeitachse und Kosten. Ein 2stufiger Wettbewerb würde mit ca. 400 – 500 T€ zu Buche schlagen. Die Kommunalaufsicht prüft gegenwärtig die Einnahmen- und Ausgabenseite.

Die Umsetzung der Entwicklungsmaßnahme ist arealweise vorgesehen, d.h. erst wenn ein Bereich in den Vertrieb geht, wird mit dem nächsten Bereich begonnen. Unter Beachtung der Zeitachse würde durch die Erarbeitung der Aufgabenstellung mit einer Entscheidung nicht vor September/Okttober 2014 zu rechnen sein. D.h. erst Ende des 1. Quartals 2015 könnte in die 2. Stufe mit konkreten Entwürfen gegangen werden. Im Endeffekt gäbe es eine Zeitverschiebung ins Jahr 2016.

Jetzt gibt es aber die Absicht, die Beschlüsse für den Bebauungsplan auf den Weg zu bringen.

Herr Lehmann bringt folgenden Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW ein:

"Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für das Kasernengelände Krampnitz die folgenden Wettbewerbsverfahren durchzuführen. Die Verfahren sollen für die jeweiligen Bereiche als Grundlage für zu erstellende Teil-Bebauungspläne dienen:

- Eingangsbereich zum Gebiet an der B 2 mit der zukünftigen Gewerbenutzung und dem historischen Offizierskasino (städtebaulicher Wettbewerb).
- Uferpark mit Freizeit-, Erholungsnutzung und Uferpromenade (Realisierungswettbewerb).
- Sportanlagen und Sportfunktionsgebäude im Zentrum des Entwicklungsgebietes (Realisierungswettbewerb).
- Konkretisierung der Angerdörfer (kombinierte Investoren/Architektenverfahren).
- Kleinhäuser im Bergviertel (alte Ketziner Straße). Hier ist es sinnvoll, mit mehreren Architekten Haustypen als Ersatz für marode Bausubstanz zu entwickeln (Workshop-Verfahren)
- Schöne Aussicht am Aasberg (Workshop-Verfahren zur Qualifizierung der Bautypologien).
- Nicht bebaubare und zu schützende Übergangszonen und Biotop zur Döberitzer Heide und zu den westlich angrenzenden Landwirtschaftsflächen (freiraumplanerischer Realisierungswettbewerb).

Herr Menzel verweist auf die Beschlusslage. Die Beschlussfassung ist unter dem Vorbehalt erfolgt, dass die Bedenken zur Verkehrsentwicklung nachhaltig zu lösen sind. Herr Menzel fragt nach dem Umgang mit der Auflage 3c des Bescheids zum Zielabweichungsverfahren der Gemeinsamen Landesplanung. In wie weit sei die Ankündigung des Beigeordneten, gegen den Bescheid der Gemeinsamen Landesplanung in Klage zu gehen, umgesetzt worden.

Herr Kutzmutz äußert, dass er keine Einwände gegen die Durchführung eines offenen städtebaulichen Realisierungswettbewerbs habe. Zugleich bringt er zum Ausdruck, dass er jedoch seit dem Wettbewerb Langer Stall der Durchführung von Wettbewerben nicht mehr so offen gegenüber stünde. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es eine Reihe von Problemen, die nicht durch städtebauliche Wettbewerbe gelöst werden können, wie die soziale Infrastruktur und der Verkehr. Er ist auch der Auffassung, dass je klarer die Aufgabenstellung sei, umso besser auch das Wettbewerbsergebnis ausfällt.

Herr Goetzmann teilt zur Frage von Herrn Menzel mit, dass mit dem Beschluss zur Entwicklungssatzung die Maßgabe erfolgt, vierteljährlich der Stadtverordnetenversammlung zu berichten. Dieser Maßgabe ist die Verwaltung bereits zweimal nachgekommen, die 3. Berichterstattung ist für die März-STVV vorbereitet worden. In den Berichterstattungen erfolgte die Mitteilung, dass für die Erledigung dieses Auftrages entsprechende Finanzmittel erforderlich sind. Für größere zu beauftragende Gutachten stehen im Haushalt keine finanziellen Mittel zur Verfügung, insofern müsse die kommunalaufsichtliche Genehmigung abgewartet werden und diese Gutachten dann aus dem Treuhandvermögen bezahlt werden.

Bzgl. der Thematik Landschaftsschutzgebiet – Klage gegen die Auflage 3c des Zielabweichungsverfahrens – hat die Landesplanungsabteilung Ziel und Zweck dieser Auflage erläutert. Inhalt sei, dass ein Eingriff in das Landschaftsschutzgebiet nicht ohne ein naturschutzrechtliches Verfahren erfolgen darf.

Eine Klageführung ist daher nicht mehr erforderlich, da dieses Verfahren ohnehin von der Stadt vorgesehen war.

Herr Heuer äußert, dass er in Kenntnis der unterschiedlichen Äußerungen, für einen gesamtheitlichen Ansatz wirbt. Die Vorbereitenden Untersuchungen sind gut. Seines Erachtens reduziere sich das Risiko, wenn verschiedene Lösungen vorliegen. Er plädiert nochmals für die Durchführung eines Gesamtwettbewerbes, und keine partikuläre Vornahme.

Herr Kirsch äußert stellvertretend für seine Fraktion, dass es gut sei, wenn die Maßnahme vorangehe. Dafür sind finanzielle Mittel erforderlich und dies bedarf der Genehmigung der Kommunalaufsicht. Den Vorschlag der CDU-Fraktion hält er für vernünftig, ein schrittweises Vorgehen sei gut.

Herr Goetzmann betont, dass ein entscheidender Punkt weniger die Frage des Umgriffs sei, sondern worüber gesprochen wird. Die Ebene der Ideen sei immer unverbindlich. Die Betrachtung müsse realisierungsbezogen sein und nicht partikulär.

Er stellt nochmals dar, dass die Durchführung eines Wettbewerbes nur sinnvoll sei, wenn der sehr stark realisierungsbezogen ist.

Herr Klipp ergänzt, dass die Fläche zwischen den Angerdörfern als private und nicht öffentliche Grünflächen festgesetzt werden sollen..

Die Kommunalaufsicht wird kritisch einschätzen, wie die Risiken eines solchen Wettbewerbes eingeschätzt werden.

Er bittet diesen Antrag nicht zu unterstützen.

Herr von Osten-Sacken äußert, dass er ein städtebauliches Konzept insgesamt für erforderlich hält. Die Vorlage einer schlüssigen Gesamtkonzeption zur Infrastruktur und Straßenerschließung würde seines Erachtens auch die Vermarktungssituation verbessern.

Herr Jäkel bestätigt, dass ein insgesamt schlüssiges Konzept benötigt wird, Bedarfe für Schulen/Kindertagesstätten, Versorgungseinrichtungen, Verkehrslösungen sind noch nicht geklärt.

Ausnahme sei hier die "Schöne Aussicht/Aasberg" verweist jedoch auf den Vorbehalt der geforderten Abstimmung mit den Bauern.

Herr Kirsch stellt den Geschäftsordnungsantrag die DS nochmals zur Beratung in den Fraktionen zurück zu stellen.

Herr Heuer spricht dafür, dagegen spricht niemand.

Abstimmung des GO-Antrages: 10/1/0

zu 3.5 Werbeveranstaltungen auf dem Platz am Brandenburger Tor

Vorlage: 13/SVV/0613

Fraktion Potsdamer Demokraten

KOUL, FA, HA

Frau Dr. Chwolik-Lanfermann (BI Freies Tor) nimmt das Rederecht wahr. Sie bringt zum Ausdruck, dass aufgrund der erheblichen Beeinträchtigung der Anlieger auf großflächige Werbeveranstaltungen verzichtet werden sollte. Frau Dr. Chwolik-Lanfermann bittet um Unterstützung für mehr Sensibilität bei der Genehmigung dieser großflächigen Werbeanlagen.

Die Information der Verwaltung mit der Übersicht der Werbeveranstaltungen auf dem Platz am Brandenburger Tor vom 29.11.2013 ist den Ausschussmitgliedern zugegangen.

Herr Cornelius bringt den Antrag nochmals ein (Ersteinbringung am 26.11.2013).

Herr Kirsch äußert, dass die Argumente der Beeinträchtigung der Anlieger auch für den von Herrn Cornelius vorgeschlagenen Alternativstandort zutreffen würden.

Herr Dr. Bauer äußert, dass seine Fraktion den Antrag mit einer Streichung unterstützen würde. Er regt an und nicht kommerzielle zu streichen.

Herr Cornelius übernimmt die Streichung.

Der Antrag wird in der durch den Antragsteller geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, Sondernutzungen für kommerzielle ~~und nicht-kommerzielle~~ Werbeveranstaltungen auf dem Platz am Brandenburger Tor in den Monaten Mai bis September nicht mehr zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	4
Stimmhaltung:	4

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.6 Außenbereichssatzungen
Vorlage: 13/SVV/0648
Fraktion SPD
alle OBR

Herr Krause informiert, dass zwischenzeitlich eine Verständigung mit der Verwaltung erfolgt ist. Im Ergebnis wurde eine neue Fassung des Antrages 13/SVV/0648 vorbereitet und den Ausschussmitgliedern im Vorgriff der Sitzung zur Verfügung gestellt.

Herr Jäkel äußert sich positiv.

Der Antrag wird in der neuen Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende neue Fassung des Antrages 13/SVV/0648 vom 10.02.2014 zur Beschlussfassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen bebauten Bereiche der Ortsteile,

- die im Außenbereich liegen und in denen eine Wohnbebauung von einigem Gewicht vorhanden ist, und
- die nicht überwiegend landwirtschaftlich geprägt, und
- im FNP nicht als Baufläche dargestellt sind,

zu erfassen und gemeinsam mit den betroffenen Ortsbeiräten abzustimmen, ob - und ggfs. in welchem zulässigen Umfang - für diese relevanten Bereiche eine über die Bestandssicherung hinausgehende Weiterentwicklung erfolgen soll. Im Ergebnis des Abstimmungsprozesses sind erforderlichenfalls Aufstellungsbeschlüsse für Außenbereichssatzungen vorzubereiten. Die Außenbereichssatzungen sollen hierbei dem Ziel dienen, in diesen Bereichen bestehende Ortsstrukturen zu erhalten und behutsam weiterzuentwickeln.

Über erste Ergebnisse der Abstimmungen mit den Ortsbeiräten ist im Oktober 2014 im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen zu berichten.

Die Abstimmungen zwischen Oberbürgermeister und den Ortsbeiräten sind bis Ende 2014 abzuschließen und der Stadtverordnetenversammlung ist im I. Quartal 2015 ein Termin für die Einbringung entsprechender Aufstellungsbeschlüsse vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.7 Kreisverkehr Forststraße/Werderscher Damm/Am Wildpark
Vorlage: 13/SVV/0778
Fraktion CDU/ANW
KOUL

Herr Lehmann bringt den Prüfauftrag ein.

Herr Jäkel informiert, dass die Verwaltung im KOUL-Ausschuss dazu umfassend berichtet habe. Dabei ist deutlich zum Ausdruck gebracht worden, dass der Bau eines Kreisverkehrs ausgeschlossen werden müsse. Herr Jäkel empfiehlt dem Antragsteller, den Prüfauftrag als durch Verwaltungshandeln erledigt anzuerkennen.

Herr Lehmann hält an seinem Prüfauftrag fest und bittet um Abstimmung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob der Kreuzungsbereich Forststraße/Werderscher Damm/Am Wildpark zu einem Kreisverkehr ausgebaut werden kann. Das Prüfergebnis sollte bis Januar 2014 vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	8
Stimmhaltung:	0

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.8 Bebauungsplan Nr. 1 "Freizeit- und Sporthotel Potsdam-Land" (OT Uetz-Paaren)

Vorlage: 13/SVV/0789

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OBR Uetz-Paaren

Herr Kühnemann übermittelt die Bitte von Herrn Menzel, diesen Antrag nochmals zurück zu stellen, da Herr Menzel die Sitzung vorzeitig verlassen musste.

Die Verwaltung informiert, dass der Ortsbeirat Uetz-Paaren in seiner Sitzung am 14.1.14 den Antrag einstimmig abgelehnt habe.

Gegen den Geschäftsordnungsantrag auf nochmalige Zurückstellung des Antrages erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.9 Einstellung von Aufstellungsverfahren zu Bauleitplänen der Verbindlichen Bauleitplanung

Vorlage: 13/SVV/0652

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Zurück gestellt – Wiedervorlage nach Vorlage der Voten der betroffenen Ortsbeiräte.

**zu 3.10 Bebauungsplan Nr. 139 "Slatan-Dudow-Straße", Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 14/SVV/0048**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Ohst (Stadterneuerung) bringt den Antrag ein. Auf Rückfragen von Herrn Kirsch und Herrn Jäkel zu den Flächen, den Stellplätzen sowie der Dichte wird durch Herrn Klipp bzw. Herrn Ohst eingegangen.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 139 "Slatan-Dudow-Straße" ist nach § 2 Abs. 1 i. V. m. § 13 Abs. 1 BauGB in einem vereinfachten Verfahren gemäß Anlage 1 aufzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 3.11 Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept Gartenstadt Drewitz
Vorlage: 14/SVV/0049**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL (ff)

Herr Ohst (Bereich Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept Gartenstadt Drewitz bildet die Grundlage der weiteren energetischen und klimagerechten Stadterneuerung in Drewitz.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass sich die Akteure vor Ort, insbesondere Landeshauptstadt, ProPotsdam, EWP und ViP, bei der

energetischen Stadterneuerung der Gartenstadt Drewitz an den Inhalten des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes orientieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 BE zur Planreife des B-Plans 80.2 "Rote Kaserne West / nördlich Esplanade" (Gesamtschule im Bornstedter Feld)
FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) informiert über den gegenwärtigen Stand des Bebauungsplanverfahrens Nr. 80.2 „Rote Kaserne West / nördlich Esplanade“. Die Verwaltung beabsichtigt, die Vorlage für den Satzungsbeschluss in die STVV im März 2014 einzubringen. Die Vorinformation erfolgt bereits heute, da vorgesehen ist, die Genehmigung des Bauantrages nach § 33 (1) BauGB für die Da Vinci Gesamtschule aufgrund der Planreife kurzfristig zu erteilen.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

zu 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom v. 28.11.2013 bis 18.12.2013 und vom 19.12.2013 bis 15.01.2014
Bereich Bauaufsicht

Aus der Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 28.11.2013 bis 18.12.2013 wird zu folgenden Vorhaben um Information gebeten:

Lfd. Nr. 29 – Newtonstr. 12
Lfd. Nr. 32 – Erich-Mendelsohn-Allee
Lfd. Nr. 35 – G.-Scholl-str. 71/72
Lfd. Nr. 40 – Templiner Str. 19

Aus der Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 19.12.13 bis 15.01.2014 wird zu folgenden Vorhaben um Information gebeten:

Lfd. Nr. 3 und 4 (Postanschrift, In der Feldmark, um welche Haus-Nr. handelt es sich)
Lfd. Nr. 5 – Am Babelsberger Park
Lfd. Nr. 27 – 34 alle Am Upstall– pauschale Aussage, um was für eine Art der Befreiung es sich handelt

Lfd. Nr. 40 bis 50 – wo ist die Rönsahler Str. – Wellenlinie?
Lfd. Nr. 52 Gregor-MendelStr. 29, Weinbergstr. 14

Die Vorstellung der Vorhaben wird in der Sitzung am 25.02.2014 erfolgen.

zu 5 Sonstiges

Herr Dr. Gunhold bittet um Auskunft, weshalb zurzeit an der Nordseite der Bahnhofspassagen Absperrungen vorgenommen worden sind.

Die Verwaltung wird nach Prüfung die Ausschussmitglieder per e-mail informieren.



Betreff: öffentlich
Sachstandsbericht zur Fuß- und Radwegüberführung Templiner Damm

bezüglich
DS Nr.: 02/SVV/0354

Einreicher: FB Grün- und Verkehrsflächen	Erstellungsdatum	11.09.2003
	Eingang 902:	11.09.2003
		4/47

Beratungsfolge:	
Datum der Sitzung	Gremium
01.10.2003	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

In Erfüllung zur Berichtspflicht DS 02/SVV/0354 „Fuß - und Radwegüberführung Templiner Damm“ wurde mit Vorlage DS 03/SVV/0389 vom 09.05.03 mitgeteilt, dass die Verwaltung der SVV im Oktober 2003 die Vorzugsvariante einschließlich Kostenausweisung zwecks Votum für die weitere Bearbeitung vorlegen wird. Dies soll mit dieser Mitteilungsvorlage geschehen.

Die Vorplanung des öffentlichen Gangsteiges an der Eisenbahnüberführung über den Templiner See erfolgte entsprechend einer Planungsvereinbarung im Auftrag der DB AG durch das Ingenieurbüro Grassl, Hertzstraße 20, 13158 Berlin. Drei Varianten wurden untersucht:

Variante 1 Gehweg mit Treppen
 Variante 2 Gehweg mit Rampen
 Variante 3 Gehweg mit Treppen und Aufzug

Die Gesamtkosten und das Kostensplitting der einzelnen Varianten zwischen DB AG und Stadt sind unter finanzielle Auswirkungen dargestellt.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium: Sitzung am:

zurückgestellt zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Finanzielle Auswirkungen?

 Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Entsprechend der Vorplanungsunterlage des Büros Ingenieurbüro Grassl vom 24.06.2003 werden die Gesamtkosten für nachstehende Varianten wie folgt eingeschätzt:

Variante	Kosten DB AG [EUR]	Kosten Stadt Potsdam [EUR]
1. Gehweg mit Treppen	213.200,-	153.300,-
2. Gehweg mit Rampen	213.200,-	1.250.000,-
3. Gehweg mit Treppen und Aufzug	213.200,-	1.340.000,-

Der Anteil der DB AG ist bei allen Varianten gleich, weil die DB AG nur den Anteil des Laufsteges übernimmt. Der Laufsteg wird von der DB AG als Dienststeg genutzt.

Nach grober Einschätzung des Fachbereiches Grün- und Verkehrsflächen, Bereich Verkehrsanlagen, AG Brücke ist mit nachstehenden Folgekosten bei den Varianten zu rechnen:

Variante 1 Gehweg mit Treppen ca. 2 % der Herstellungskosten = 3 T€/Jahr

Variante 2 Gehweg mit Rampen ca. 2 % der Herstellungskosten = 25 T€/Jahr

Variante 3 Gehweg mit Treppen und Aufzug ca. 2 % der Herstellungskosten = 27 T€/Jahr
zzgl. Wartungskosten = 20 T€/Jahr
insg. Var. 3 47 T€/Jahr

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4